

Ärzte-Demo in Sindelfingen

Protest gegen Honorar-Reform

Sindelfingen –

In der Region Stuttgart und anderen Teilen Baden-Württembergs sind am Dienstag nach Angaben des Medi-Ärzteverbands etwa die Hälfte der rund 16000 Hausarztpraxen geschlossen geblieben. Etwa 5000 Mediziner demonstrierten für den Erhalt ihrer Praxen. Vor der Messehalle baumelt ein weißer Ärztekittel am Galgen. Es ist die Arbeitskleidung von Dr. Übrig-Nutzlos. "Wir sind dann mal weg (radiert)" ist daneben zu lesen. Drinnen geht es weniger martialisch zu. Mit süßen Stückchen und Würstchen vertreiben sich die Ärzte am Nachmittag die Zeit bis zum Auftritt von Ministerpräsident Günther Oettinger. Der kommt, wie üblich, mit Verspätung, spricht eine halbe Stunde, bleibt noch zehn Minuten sitzen und eilt dann zum nächsten Termin. Einige Zwischenrufe muss er kontern, ansonsten aber bekommt er viel Applaus. Kein Wunder: "Es ist wichtig, die ärztliche Versorgung im Südwesten zu erhalten", hat er kurz davor gesagt. Und: Falls die ortsnahe Versorgung gefährdet sei, müsse die öffentliche Hand auch daran denken, Mittel der Strukturförderung dafür einzusetzen. "Es geht darum, Ärztemangel zu vermeiden."

Genau den sehen die Mediziner im Land und ihre Berufsorganisationen kommen. Bis zu 30 Prozent weniger Einnahmen befürchten sie durch die seit Anfang des Jahres geltende Honorarreform. Genaue Zahlen gibt es nicht. "Wir haben noch nicht einmal die Abrechnung des ersten Quartals 2009", klagt Berthold Dietsche, der Landesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes. Bei solchen Voraussetzungen würden sich junge Kollegen nicht für die Übernahme von Praxen interessieren. Jede fünfte Praxis werde bis 2012 von der Bildfläche verschwinden, weil die Inhaber die Altersgrenze erreichen. "Hier geht es nicht um das Einkommen der Ärzte, sondern um die Existenz der Praxen und damit der Versorgung der Patienten", sagt Dietsche. "Existenzängste" ruft ein Mediziner während Oettingers Rede. "Das stimmt bei einigen, nicht bei allen", erwidert der Ministerpräsident. Und er empfiehlt, in der Debatte um bessere Bezahlung nicht die eigenen Sorgen hervorzuheben, sondern die Perspektiven für Patienten. Auch für Oettinger ist es eine Misere, das bisher ein "Zahlenwirrwarr" herrscht. So geht das Bundesgesundheitsministerium sogar von einem leichten Plus für die Ärzte im Land aus, während diese argumentieren, dass durch die Honorarreform bis zu 140 Millionen Euro an Ärzte in anderen Bundesländern abfließen würden. Oettinger schlug vor, dass die Berufsverbände und die Landesregierung gemeinsam einen Gutachter einsetzen, der die exakten Zahlen erhebt. "Die Gebührenordnung muss wieder weg", fordert Werner Baumgärtner, der Vorsitzende von Medi Baden-Württemberg. Das erwartet er am ehesten von einer schwarz-gelben Regierung. "Wir sprechen eine Wahlempfehlung aus", sagt Baumgärtner. Die Patienten sollten wissen, welche politische Konstellation "ihre Ärzte für richtig halten". Die Organisation sorgt durch Flugblätter in den Praxen, dass die Wähler das auch erfahren. "Wehren Sie sich gegen die staatlich verordnete Einheitsmedizin, wenn Ihnen Ihre Gesundheit lieb ist." Eine Wahlempfehlung für CDU/FDP gibt auch der baden-württembergische Fachärzteverband. Der Generalsekretär der SPD im Land, Peter Friedrich, hat die Kritik am Bundesgesundheitsministerium zurückgewiesen. Der durchschnittliche Honorarzuwachs der Kassenärzte betrage im Vergleich zu 2007 über fünf Prozent. Auch Rolf Hoberg, Vorstandsvorsitzender der größten gesetzlichen Krankenkasse im Südwesten, hält die Klagen der Ärzte für "nicht berechtigt". Der AOK-Chef betont, dass die Honorare im Sommer 2008 "einen historischen Höchststand" erreichten. Das Niveau werde 2009 "ungefähr beibehalten". Doch es komme zu Umverteilungen, es gebe Gewinner und Verlierer. Das Minus solle aber "maximal 15 Prozent" betragen.